

# Wem gehört das Leiden?

## Die einen im Licht, die anderen im Halbdunkel: Der Konflikt um Palästina legt die Grenzen des westlichen Anspruchs auf Universalismus offen

Von Piotr Biegasiewicz

Erinnerung ist nicht einfach das Fortleben der Vergangenheit in der Gegenwart. Sie ordnet, gewichtet und trennt. Sie bewahrt Katastrophen nicht nur auf, sondern entscheidet auch mit darüber, welchen Platz sie im moralischen Bewusstsein einer Gesellschaft erhalten. Kollektives Gedächtnis steht daher nicht außerhalb der Politik. Es gehört vielmehr zu ihren wirksamsten und oft am wenigsten sichtbaren Instrumenten.

Bei Israel und Palästina geht es längst nicht nur um Territorium, Grenzen oder Sicherheit. An diesem Konflikt zeigt sich auch, wie selektiv der Westen auf Leiden reagiert und wie ungleich er es öffentlich anerkennt. Hier stellt sich nicht nur die Frage nach Gewalt und Recht. Hier zeigt sich auch, ob Europas Geschichte als Verpflichtung verstanden wird, den Kreis des Mitgefühls zu erweitern, oder ob sie dazu dient, Opfer zu unterscheiden und moralisch ungleich zu bewerten.

### Die Lüge der Symmetrie

Die Sprache des Gleichgewichts gehört zu jenen Redeweisen, die gerade deshalb vernünftig und maßvoll erscheinen, weil sie die tatsächliche Struktur der Gewalt aus dem Blick rücken. Die Rede von der Eskalationsspirale wirkt nur deshalb ausgewogen, weil sie die Struktur der Gewalt unsichtbar macht. Wo von Tragödie gesprochen wird, wäre oft genauer von Herrschaft zu sprechen. Wo von zwei Narrativen die Rede ist, wird leicht vergessen, dass sich die Voraussetzungen des Handelns auf beiden Seiten radikal unterscheiden. In einer solchen Sprache ist Symmetrie eine Form der Verdeckung. Sie erzeugt den Eindruck von Fairness, indem sie das Leiden von seiner politischen Form abtrennt.

So entsteht eine Blindheit, die für moderne Gesellschaften durchaus typisch ist. Gerade dort, wo nur präzise und scharfe Begriffe der Wirklichkeit gerecht werden könnten, begegnet man ihnen mit besonderem Misstrauen. Die Besatzung löst sich dann in der Erzählung wechselseitiger Gewalt auf, der Siedlungskolonialismus erscheint als historischer Konflikt, die Blockade als Sicherheitsmaßnahme, die Enteignung verschwindet hinter moralischen Rechtfertigungen von großer Reichweite. Das Materielle wird in einen Hintergrund geschoben. Und doch zeigt sich die Wahrheit gerade dort besonders deutlich: im Zugang zu Land, Wasser, Straßen, Recht, Schutz, Bewegungsfreiheit und in der Frage, ob ein Haus unversehrt bleiben darf oder jederzeit zerstört werden kann.

Staat und unterworfenen Bevölkerung stehen hier nicht als zwei gleichrangige Seiten einer tragischen Konstellation einander gegenüber. Sie befinden sich vielmehr in zwei grundsätzlich unterschiedlichen Positionen innerhalb derselben Ordnung von Raum, Recht und Gewalt. Die liberale Sprache der Mitte hebt diese Asymmetrie nicht auf. Sie macht sie nur weniger sichtbar. Je beharrlicher sie von Ausgewogenheit spricht, desto eher stabilisiert sie eine Wirklichkeit, deren Einseitigkeit nicht beim Namen genannt werden soll.

An einem bestimmten Punkt geht es nicht mehr nur um die Beschreibung eines Konflikts, sondern um etwas noch Empfindlicheres: um das politische Schicksal des Opfers selbst. Moderne Macht begnügt sich nicht damit, Schmerz hervorzubringen. Sie endet nicht mit Vertreibung, Zerstörung oder Tod. Sie reicht weiter, indem sie auch das Leiden nachträglich ordnet, seine Ränge verteilt und seine öffentliche Wahrnehmung steuert. Manche Opfer werden mit einer Aura beinahe unantastbarer Würde umgeben, andere bleiben im Halbschatten, als müsse ihr Schmerz erst kommentiert, relativiert oder sprachlich entschärft werden. Nicht jedes Opfer tritt auf dieselbe Weise in die Geschichte ein. Nicht jedes erhält dieselbe Sprache. Nicht jedes spricht von derselben Höhe aus. Leiden bleibt nicht außerhalb politischer Macht. Es kann gedeutet, hierarchisiert und öffentlich so eingesetzt werden, dass es Autorität stiftet. Das Opfer ist dann nicht mehr nur Gegenstand von Trauer. Es wird zu einer politischen Position, von der aus Autorität beansprucht und die Sprache anderer begrenzt werden kann.

Die Shoah gehört zu den Erfahrungen, an denen Europa am schärfsten erkennen musste, wozu seine eigene Moderne fähig war. Dort wurde sichtbar, dass Vernunft, Verwaltung, Technik, Recht und Staat nicht nur Schutz vor der Barbarei versprechen, sondern selbst zu ihren Mitteln werden können. In der Shoah erkannte die Moderne ihr eigenes Spiegelbild nicht im Glanz des Fortschritts, sondern in der Kälte der Registrierung, des Transports und des planmäßigen Todes. Darum bleibt diese Erinnerung unverzichtbar. Nicht als Schmuck des Gewissens, sondern als Grenze, an der jede Zivilisation ihren Anspruch auf Unschuld einbüßt. Der historische Schmerz bleibt nicht folgenlos für die Gegenwart. Er kann in politische Autorität übersetzt werden und dadurch eine Legitimität erzeugen, die sich gegen Kritik abschirmt. Erinnerung erweitert dann nicht mehr das Feld des Sichtbaren, sondern beginnt, seine Grenzen neu zu ziehen.

Die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts kann also auch einen Raum besonderer Unantastbarkeit schaffen, in dem Kritik nicht auf das Gegenargument trifft, sondern auf das Verbot des Vergleichs. So entsteht eine Ordnung, in der manche Opfer beinahe im absoluten Licht erscheinen, während andere im Halbdunkel von Kommentar, Einschränkung und Vorbehalt verbleiben. Erinnerung verliert ihren universellen Anspruch. Und wo die Vergangenheit den Rang einer unantastbaren Instanz erhält, lernt die Gegenwart sehr schnell, sich ihres Schutzes zu bedienen.

## **Die Ausnahme**

Palästina ist für den Westen kein ferner Krisenherd unter vielen. Hier entscheidet sich, ob seine Sprache der Menschenrechte tatsächlich universell gemeint ist oder nur unter bestimmten politischen Bedingungen gilt.

Entscheidend ist nicht nur, was der Westen über Würde, Erinnerung und Recht sagt, sondern für wen diese Begriffe in der politischen Wirklichkeit wirklich gelten. Wäre dieser Humanismus tatsächlich universal, müssten Palästinenser nicht ständig darum kämpfen, dass ihr Tod als eigenes Unrecht gesehen wird und nicht nur im Schatten anderer historischer Katastrophen erscheint.

Gäbe es Menschenrechte ohne Ausnahmen, dürfte es keinen Raum geben, in dem Bombardierung, Belagerung, Kollektivstrafe und die administrative Zerstörung von Lebensbedingungen immer wieder durch historische Alibis oder eine Sprache politischer Zurückhaltung entschärft werden. Darum liegt Palästina nicht an den Rändern des westlichen Gewissens. An ihm werden dessen Grenzen sichtbar. Es geht hier längst nicht mehr nur um das Scheitern von Diplomatie. Zur Disposition steht ein größerer Anspruch: der des Westens auf moralische Universalität.

Deutschland ist ein Sonderfall nicht deshalb, weil seine Erinnerung zu schwer wäre, sondern weil sie in hohem Maß politisch organisiert und institutionell verwaltet worden ist. Die Bundesrepublik hat nach 1945 eine Erinnerungskultur von erheblichem Ernst aufgebaut. Gerade darin liegt aber auch die Möglichkeit ihrer Verhärtung. Was die Aufmerksamkeit für Gewalt wachhalten sollte, kann in ein System festgewordener Reflexe umschlagen. Geschichte dient dann nicht mehr dazu, die Gegenwart zu prüfen. Sie dient dazu, ihr moralisches Selbstbild zu sichern.

Das Problem liegt in einer Form von Erinnerung, die sich so tief in die politische Identität des Staates eingeschrieben hat, dass sie zu einer Schutzfunktion für dessen eigenes Selbstbild geworden ist. Dann wird die Vergangenheit nicht mehr als Wunde erinnert, sondern als Legitimation für die eigene Gegenwart benutzt. Die Verantwortung für die Shoah führt dann nicht notwendig zu größerer Sensibilität für heutige Formen der Entmenschlichung. Sie kann ebenso in eine Sprache der Loyalität und in einen politischen Automatismus übersetzt werden, der jeden Versuch, israelische Gewalt schärfer zu benennen, sofort als Grenzüberschreitung markiert. Staatsräson wird auf diese Weise nicht nur zu einem Prinzip der Politik, sondern auch zu einem Prinzip der Wahrnehmung.

## **Erinnerung verwaltet**

In diesem Sinn leidet die Bundesrepublik nicht an einem Mangel an Erinnerung, sondern an ihrer politischen Verwaltung. Sie formt nicht nur, was erinnert werden soll, sondern auch die Bedingungen, unter denen über die Gegenwart gesprochen werden darf. Dort, wo palästinensische Erfahrung nur dann öffentlich geduldet wird, wenn sie sprachlich entschärft und politisch relativiert ist, hat Erinnerung ihre kritische Kraft bereits verloren.

Doch auch die Empörung hat ihre bequeme Seite. Solidarität kann ritualisiert werden, gerechter Zorn kann in Selbstbestätigung umkippen. Es gibt Momente, in denen der Affekt nicht mehr zum Denken antreibt, sondern es ersetzt. Dann wird aus Widerspruch eine Geste, die nur noch sich selbst wiederholt. Kritik beginnt erst dort, wo die Bequemlichkeit des Offensichtlichen endet. Sie verlangt begriffliche Disziplin, Misstrauen gegen die eigene Unschuld und Widerstand gegen allzu schnelle Formeln.

Palästina ist längst nicht mehr nur der Name eines einzelnen Konflikts. Es ist eine Frage, die Europa gestellt ist. Keine Frage der Diplomatie und keine bloße Frage der Staatsräson, sondern die, ob Erinnerung noch etwas anderes sein kann als der Schutz des eigenen Bildes. Eine Epoche zeigt sich nicht nur darin, woran sie erinnert, sondern auch darin, wessen Leid sie nur eingeschränkt anerkennt. Palästina gehört zu den Orten, an denen das europäische Gewissen an die Grenze seines eigenen Universalismus gerät. Das Gefährliche ist daher nicht nur das Vergessen. Gefährlich ist auch eine Erinnerung, die die Vergangenheit bewahrt, aber die Gegenwart moralisch entwaffnet.

Piotr Biegasiewicz ist Essayist, Übersetzer und Ökonom. In seinen Texten beschäftigt er sich mit europäischer politischer Imagination, sozialem Wandel und den kulturellen Formen der Gegenwart.

*<https://www.jungewelt.de/beilage/art/522016>*